Wochenschicht zugestanden wird, in allen Orten von den Unternehmern abgelehnt. In Neustadt a. Aisch werden 6 ₰ und in Weißenburg i. B. 5 ₰ Lohnerhöhung geboten und ist man sich bis auf Kleinigkeiten einig.

Für Südbayern ist bisher nur in München verhandelt worden. Die Unternehmer sind über eine Erklärung, demnächst mit ihren Mitgliedern über eine Lohnerhöhung Rücksprache nehmen zu wollen, nicht hinausgekommen. Die weiteren Verhandlungen finden am 19. April statt. Ausgerechnet an dem Tage, wo die örtlichen Verhandlungen beendet sein sollen.

In der Provinz Posen und Westpreußen ist an einigen Orten verhandelt ohne greifbare Erfolge. In den meisten Fällen haben die Unternehmer entweder gar nichts oder 1 oder 2 ₰ Lohnerhöhung für die Vertragsbauer geboten. Eine Ausnahme haben nur zu verzeichnen die Orte Gnesen, wo 2½ ₰ zugestanden wurden; Fraustadt mit 3 ₰, und Nakel, Mrotschen und Bromberg, wo in den ersten beiden Orten 4 ₰, in den letzten für Gesellen 5 und für Hilfsarbeiter 6 ₰ zugestanden worden ist. In Bromberg ist auch bis auf die Betonarbeiterfrage im allgemeinen über das Vertragsmuster eine Einigung erzielt.

Wie Schwindelnachrichten vom Terrorismus streikender Arbeiter entstehen,

zeigt folgende Meldung des Depeschenbureaus „Deutscher Telegraph“:

Blutige Streikkrawalle in Kassel.

Kassel, 31. März. Gestern nachmittag kam es in der Marktgasse zu schweren Ausschreitungen zwischen den ausständigen Möbeltransportarbeitern und einer Gruppe Arbeitswilliger. Es entspann sich eine förmliche Straßenschlacht. Die Streitenden bearbeiteten sich mit Messern und Knütteln. Einen ernsten Charakter nahm der Kampf aber erst dann an, als von beiden Seiten eine große Anzahl Revolverschüsse gewechselt wurden, wodurch mehrere Personen schwere Verletzungen davontrugen. Auch einige Spaziergänger wurden von Revolverkugeln, allerdings unerheblich, verletzt. Es wurden auch in den benachbarten Häusern viele Fensterscheiben zertrümmert, und auch in dem historischen Gebäude, in dem die Gebrüder Grimm ihre Märchen geschrieben haben, wurden mehrere Fensterscheiben durch Revolverkugeln zertrümmert. Die Polizei nahm eine große Reihe von Verhaftungen vor. Erst nach einer Stunde konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Inzwischen ist ja, wie wir gestern schon kurz mitteilen konnten, festgestellt worden, wie sich der Vorfall nach Berichten unparteiischer Augenzeugen in Wirklichkeit zugetragen hat. Der zu den ausständigen Möbelträgern gehörende Arbeiter Ostertag ging kurz nach 2 Uhr ganz allein die Marktgasse herauf. Zwischen Graben und Wildemannsgasse, an der Bonnschen Restauration, begegneten ihm vier Arbeitswillige namens Hartmann, Schaub, Butt und Arend. Ostertag sprach im Vorbeigehen Hartmann, dessen Freund er bisher war, an und redete ihm mit gütlichen Worten zu, er möge die Arbeitswilligendienste doch einstellen. Das Gespräch dauerte einige Minuten, den drei andern Arbeitswilligen anscheinend zu lange; denn Schaub rief plötzlich dem Hartmann zu: „Daß doch die Schlacke gehen!“ Kurz darauf zogen die Arbeitswilligen — außer Arend, der fortging — ihre Revolver und feuerten auf Ostertag gleichzeitig ein halbes Dutzend Schüsse ab, wovon einige in die Fenster des Eckhauses Wildemannsgasse-Marktgasse, drei aber den Kopf und einer die Schulter Ostertags trafen. Ostertag brach blutüberströmt zusammen. Erst durch die Schüsse aufmerksam gemacht, begaben sich mehrere in der Bonnschen Wirtschaft weilende streikende Möbelträger auf die Straße und versuchten nun, ihren schwerverletzten Kameraden aus den Händen der Revolverhelden zu befreien. Durch die sofort herbeigeeilte Polizei wurden die Streikbrecher Butt und Hartmann auf der Straße, Schaub auf der Flucht verhaftet. Ostertags Verletzungen sind glücklicherweise nicht schwer. Nach der Verhaftung der arbeitswilligen Revolverhelden verlief sich die Menge bald wieder.

Daß der blutge Auftritt von den Arbeitswilligen provoziert worden ist, bestätigte dem Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes gegenüber auch Herr Dr. Rößler, der den Vorfall von Beginn an vom Fenster seiner Wohnung aus angesehen hat.

Wie weiter gemeldet wird, ist die Polizei schon am Sonnabend durch die Streikenden auf die Bewaffnung der Arbeitswilligen mit Revolvern und Totschlägern und ihre Schießlust hingewiesen worden. Dem mehrfach wegen schwerer Gewalttätigkeiten bestraft gewesenen Arbeiter Vietor hat daraufhin ein Schutzmann den Revolver abgenommen. Auch ein Streikender hat einem Arbeitswilligen am Sonnabend einen Revolver abgenommen. Von den Streikenden hingegen ist niemand bewaffnet gewesen, weder mit Schußwaffen, noch mit andern Gegenständen.

Mit dieser Darstellung in unserm Kasseler Parteiorgan, die sich durch Sachlichkeit auszeichnet und jeden Unbefangenen davon unterrichtet, wo die Revolver- und Totschlägerhelden zu suchen sind, vergleiche man die Uebertreibungen und Entstellungen des Depeschenbureaus.

Natürlich wird die falsche Darstellung des Depeschenbureaus weiter die bürgerliche Presse zieren und diese wird wieder einmal das Geseire anstimmen von dem „Schutz der Arbeitswilligen“.

Lohnkämpfe im Gärtnergewerbe.

Der Streik in den Baumschulen in Elmshorn (Holstein) wurde erfolgreich durch Verhandlungen beendet. Mit den vier bestreikten Firmen wurden Tarifverträge abgeschlossen, die eine sofortige Erhöhung der Stundenlöhne um 2 und 3 ₰, nach halbjähriger Beschäftigung eine nochmalige Erhöhung von 2 ₰ bringen. — In Dortmund sind die Forderungen bis auf sechs Firmen mit 18 Beschäftigten bewilligt. — In Essen a. d. R. sind ebenfalls die Forderungen in allen Firmen bis auf zwei, über die die Sperre verhängt ist, durchgeführt. — In Bremen dauert der Streik unverändert fort. — In Köln, Solingen und Königsberg i. Pr. und Dresden sind die Verhandlungen mit den Unternehmern als gescheitert anzusehen; für die nächsten Tage ist ein Streik der Landschaftsgärtner zu erwarten. — In Berlin werden die Kündigungen in den Handelsgärtnereien so eingereicht, daß am 13. April der Streik beginnt.

Der Gummiknüppel muß abgeliefert werden!

Ein Unternehmer Schwenker spielte im Streik der Bremer Gärtner eine hervorragende Rolle als Feind der Arbeiterorganisation. Es gelang ihm, in der ersten Woche seine Arbeitskräfte zu halten, in der zweiten Woche aber schlossen sie sich den Streikenden an. Der Streikleitung wurde mitgeteilt, daß dieser Unternehmer seine Leute mit Gummiknüppeln ausgerüstet hatte „zum Schutze gegen die Streikenden“. Die Zweifel, die die Streikleitung hierin legte, wurden durch folgenden Brief, der im Original vorliegt, beseitigt:

„Bremen, den 25. März 1913. Hr. . . . . Hier.

Möchte Sie ersuchen, den Ihnen zum Schutze gegen die Streikenden geliehenen Gummiknüppel unverzüglich zurückzuliefern, andernfalls ich genötigt wäre, gegen Sie Anzeige wegen Unterschlagung zu erstatten. pr. Chr. Schwenker,
M. Kassen.“

Die Unternehmer werden bei ihrer Materialsammlung für ein Verbot des Streikpostenstehens dies Dokument hoffentlich nicht vergessen.

Die neuen Verhandlungen im Malergewerbe.

Dienstag abend hat in Berlin zwischen je zwei Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter und zwei Unparteiischen eine kurze Besprechung stattgefunden. Die Parteien verständigten sich, daß neue Verhandlungen am 8. April wieder aufgenommen werden sollen.

Milde Justiz für den Streikbrecherführer.

Der Streikbrecherkolonnenführer Gründke, die rechte Hand des Streikbrecheragenten Katzmarek während des 18wöchigen Ausstandes in der Görlitzer Waggonfabrik, wurde vom Schöffengericht in Görlitz wegen leichter Körperverletzung zu M. 100 Geldstrafe verurteilt. Gründke hatte im Juni vorigen Jahres mit noch 15 Kumpanen an einem Sonntagmorgen vor einem Café eine Straßenschlacht inszeniert, bei der die Schützlinge der Unternehmer wahllos auf die Passanten einhieben und mehrere Leute schwer verletzten.

Hätte ein Streikender solche Straßenschlacht geliefert, so wäre er gewiß wegen gefährlicher oder schwerer Körperverletzung auf lange Zeit ins Gefängnis gewandert.

Ausweisung eines Ausländers wegen angeblicher Arbeitswilligenbelästigung.

In Löbau streiken seit einiger Zeit 120 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schuhfabrik Gebr. Neden. An dem Streik sind auch tschechische Arbeiter beteiligt, denen bisher auch nicht das geringste nachgesagt werden konnte. Trotzdem erfolgte jetzt auf die Anzeige der Firma hin durch den Bürgermeister kurzerhand die Ausweisung eines der Arbeiter aus Sachsen. Er wurde von einem gleichfalls tschechischen Arbeitswilligen beschuldigt, ihn beleidigt zu haben. Ein Angestellter der Firma bezeugte das. Die Vernehmung des Beschuldigten zu veranlassen, hielt der Bürgermeister nicht für notwendig. Er hielt den Tatbestand des § 153 der Gewerbeordnung für gegeben. Eine telegraphische Beschwerde an die Kreishauptmannschaft Bautzen hatte keinen Erfolg. Sie hielt die Erörterungen des Bürgermeisters für ausreichend. Dem Beschuldigten wurde angedroht, binnen einer bestimmten Frist Sachsen zu verlassen, widrigenfalls er mit 14 Tagen Haft und zwangsweiser Ausweisung bestraft werden würde. — Gegen diese polizeiche Maßnahme ist jetzt die Entscheidung des sächsischen Ministeriums angerufen worden.

Der Streik der Spinner und Ansetzer

in der Kammgarnspinnerei Bietigheim in Württemberg ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet, die Sperre ist aufgehoben.

Internationales.

Schlosseraussperrung in Marseille.

Aus Marseille wird gemeldet, daß die dortigen Schlosser und Eisenkonstrukteure beschlossen haben, sämtliche Arbeiter auszusperren, weil diese wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung die Fabrikanten mit dem Boykott belegt haben.

Bergarbeiterstreik in Spanien.

Nach einer Meldung der Agence Havas aus Madrid wird offiziell bekanntgegeben, daß die Bergleute der Rio Tinto Company wahrscheinlich am 8. April in den Ausstand treten werden. Der Ausstand soll „von ausländischen Agitatoren geschürt“ sein, die mit von Paris ausgehenden Baissespekulationen in Verbindung stehen sollen.

Schneiderstreik in Amsterdam.

s. In der Amsterdamer Kleiderindustrie streiken 1200 Maß- und Konfektionsschneider um Lohnerhöhung. Die Streikenden sind sämtlich Hausarbeiter. Beteiligt sind alle vier Organisationen, die gemeinsam vorgehen: der moderne Bund, die Christlichen, die Katholischen und die Syndikalisten.

Preußisches Abgeordnetenhaus

(Schluß der Sitzung vom 1. April.)

Leinert (SD.): Man kolonisiert lediglich, um Arbeiter zu haben, die zu dem Nachbar auf Arbeit gehen, wie Herr Kreth auf einer Konferenz über die innere Kolonisation im Juni 1909 ausdrücklich gesagt hat. Man will durchaus nicht etwa, daß die Ansiedler von der Arbeit auf ihrem Lande leben können. Es liegt den Agrariern lediglich daran, abhängige Arbeiter zu bekommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderer Redner sagte: Wenn die Leute sich ganz selbständig machen, hören Sie auf, Landarbeiter zu sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt den Agrariern auch nicht etwa daran, Bauern anzusiedeln. Im agrarischen Handbuch von 1903 heißt es ausdrücklich, es sei verlorene Liebesmüh, neue Bauern zu schaffen, die unter der gegenwärtigen Konjunktur von vornherein dem Untergange geweiht seien. Hier wird zugleich offen zugegeben, daß von dem Zolltarif von 1902 die Bauern keinerlei Vorteil zu erwarten hatten. — Die innere Kolonisation könnte der Staat weit besser selbst in die Hand nehmen, als daß er die Ansiedelungsgesellschaften unterstützt, die nur im Interesse der Großgrundbesitzer arbeiten; sitzen doch auch im Aufsichtsrat dieser Gesellschaften Großgrundbesitzer, die natürlich ein Interesse an hohen Güterpreisen haben. Die Steigerung ist so enorm, daß man diesen Gesellschaften und der Ansiedelungskommission endlich das Handwerk legen sollte. Ihre Tätigkeit bedeutet eine Vergeudung an Nationalvermögen. Gewiß es wird saniert. Aber nicht unvermögende Ansiedler werden saniert, sondern verschuldete und verkrachte Rittergutsbesitzer. Uns erscheint die Enteignung des Großgrundbesitzes durchaus erwünscht. Heute wird von der Enteignung nur Gebrauch gemacht, um eine Nation niederzuringen. Wir verlangen, daß dieses Mittel angewendet wird, um dem ganzen Volke Nutzen zu verschaffen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich sind wir auch für die Kultivierung der Moore. Aber die Kultivierung nur der fiskalischen Moorflächen geht uns lange nicht weit genug. Die 16 000 Hektar staatlicher Moorflächen sind nur ein Bruchteil der gesamten Moorfläche in Hannover. Deshalb wünschen wir auch die Kultivierung der Privatmoore. Schon vor Jahrzehnten haben wir darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Regierung sei, im eigenen Lande zu kolonisieren und daß wir nicht nach Afrika zu gehen brauchen. Gegebenenfalls müssen Zwangsmaßnahmen gegen die Besitzer der Privatmoore angewendet werden. Wenn im Osten aus nationalen Gründen enteignet werden kann, dann kann hier erst recht enteignet werden, wo es sich um öffentliche Interessen handelt. Finanzielle Bedenken gegen eine gründliche Kolonisation dürfen nicht ins Feld geführt werden. Wenn die angeforderten Millionen nicht ausreichen, müssen eben mehr bewilligt werden. Hierfür muß Geld da sein. Die Redner der Rechten und auch der Landwirtschaftsminister sind heute für eine „gesunde Mischung“ des Groß-, Mittel- und Kleinbesitzes eingetreten. Dieses Wort hören wir ja seit Jahren. Aber noch niemand hat uns gesagt, was er sich unter dieser „gesunden Mischung“ eigentlich denkt. Solange das nicht geschieht, sehen wir hierin nichts als ein Schlagwort. Wir sehen die beste Kolonisation in großen staatlichen Eigenbetrieben, die Musterbetriebe sein müssen. Der Großbetrieb kann allein nur wirtschaftlich arbeiten unter Ausnutzung aller technischen Errungenschaften. — Wenn Gefangene bei der Kultivierung der Moore verwandt werden, so müssen sie auf jeden Fall auskömmliche Löhne erhalten, im Interesse ihrer Familien. — Wir hoffen, daß die Verhandlungen in der Kommission dazu führen, vor allem den ersten Teil der Vorlage, die Kultivierung der Moore, mehr auszugestalten. An der inneren Besiedelung hat nur der Großgrundbesitz ein Interesse, er soll sie auch bezahlen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Gesetz geht an die verstärkte Agrarkommission.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Kultusetat.)

Hirsch (SD., zur Geschäftsordnung): In dem Beratungsplan des Kultusetats ist diesmal im Gegensatz zu früher eine allgemeine Besprechung über den gesamten Kultusetat nicht vorgesehen. Das ist ein ganz neues Verfahren, das auch sachlich durch nichts begründet ist. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, die bei den einzelnen Punkten des Beratungsplanes nicht erörtert werden können. Daher liegt eine Beschränkung der Redezeit darin, wenn Sie beschließen sollten, von einer Generaldebatte überhaupt abzusehen. Dazu kommt, daß uns dieser Plan erst im Laufe dieses Tages zugestellt worden ist. Im übrigen glaube ich auch nicht, daß die Absicht der Abkürzung der Debatten durch diese Art des Vorgehens erreicht wird.

Präsident Graf **Schwerin**: Nach der Geschäftsordnung ist die Unterlassung einer allgemeinen Besprechung zulässig, aber sie soll ja bei den einzelnen Teilen des Etats stattfinden, das ist der Sinn der Verabredung. Beim Ministergehalt wäre sie eine unnütze Zeitvergeudung, sie soll aber keineswegs abgeschnitten werden. Von diesem Plan habe ich Herrn Hirsch in Kenntnis gesetzt.

Hirsch (SD.): Gewiß, aber die andern Parteien wußten das erheblich früher. In dem ursprünglichen Beratungsplan vom 26. März war von der Aenderung gegen früher keine Rede, die darin besteht, um nicht mehr beim Ministergehalt die allgemeine Besprechung zu führen.

Campe (NL.): Gewiß ist dieses Verfahren etwas Neues und eine Abweichung von dem bisher geübten Brauch. (Na also! bei den Sozialdemokraten.) Aber sie soll unsere Geschäfte fördern, von einer Ueberrumpelung ist keine Rede.

Präsident Graf **Schwerin** stellt fest, daß dieser neue Modus erst heute vor Beginn der Sitzung verabredet worden sei.

Hirsch (SD.): Soeben hat der Präsident von der Vorlage eines Beratungsentwurfs vom 26. März gesprochen — wir haben ihn aber gar nicht gesehen.

Präsident: Das war nur ein Vorschlag des Bureaus an den Präsidenten, welcher Vorschlag aber nicht verteilt wurde.

Bei der Abstimmung akzeptierten Zentrum und Rechte gegen die Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler den Vorschlag des Präsidenten, wonach also beim Titel Ministergehalt eine allgemeine Besprechung nicht mehr stattfindet.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Landgericht.

2. April.

Strafkammer II. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Goverts.

„Schmerzloses“ Zahnziehen. Wegen unlauteren Wettbewerbes hatte sich der Zahnbehandler Walter Heerde zu verantworten. H. erließ Geschäftsannoncen in denen sich folgender Passus befand: „Zahnziehen und Plombieren schmerzlos“. Da aber weder ein Zahnarzt noch ein Zahnbehandler schmerzloses Zahnziehen garantieren kann, erblickt der Vorstand des zahnärztlichen Vereins in Hamburg in der Anpreisung einen unlauteren Wettbewerb, weil dadurch im Publikum der Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorgerufen werden soll, und stellte Strafantrag. H. behauptet, daß das Wort „schmerzlos“ sich nur auf das Plombieren beziehen sollte, da niemand im Publikum Glauben wird, daß das Zahnziehen in allen Fällen schmerzlos erfolgen könne. Der Staatsanwalt beantragte aber gegen H. eine Geldstrafe von M. 200. Das Gericht, das die Sache bedeutend milder ansieht, erkennt nur auf eine Geldstrafe von M. 30 oder sechs Tage Gefängnis.

Die gestohlene Droschke. Der Wagenlackierer Karl Hermann G. erhielt eines Tags von einem Fuhrwerksbesitzer zum Lackieren eine Droschke. Als der Besitzer nach längerer Zeit die Droschke nicht zurückerhielt, erfuhr er, daß G. die Droschke an einen gewissen W. für M. 140 verkauft hatte. Da der Fuhrwerksbesitzer aber auf Auslieferung seiner Droschke drängte, verfiel G. auf ein originelles Manöver. Er hatte erfahren, daß W. die Droschke an einen M. in Schmalenbeck verkauft hatte; er fuhr daher nach dort und zeigte dem Mann einen angeblich von W. unterzeichneten Brief vor, in dem er angeblich um Ueberlassung der Droschke auf kurze Zeit ersuchte. Darauf wurde dem Angeklagten auch die Droschke ausgeliefert. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß der Brief gefälscht war. Der Angeklagte, der in Not gehandelt haben will, erhält antragsgemäß eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Strafkammer III. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Schrader.

Ein unverbesserlicher Dieb. Der Kaufmann Ludwig M. ist in den letzten Jahren häufig wegen Diebstahls bestraft worden. Augenblicklich verbüßt er in München eine Gefängnisstrafe von 13 Monaten. Heute hatte er sich wegen eines Diebstahls zu verantworten, den er bei seiner Logisgeberin ausgeführt hat. Er stahl bei der Frau M. 100 in bar, eine Sparbüchse mit M. 30, für M. 3 Briefmarken, verschiedene Garderoben und Schmuckstücke im Werte von über M. 1000. Ferner steht er unter dem Verdacht, noch zwei weitere Diebstähle, bei denen ihm Garderobenstücke in die Hände gefallen sein sollten, ausgeführt zu haben. Der Angeklagte, der die Diebstähle in Abrede stellt, wurde aber für überführt erachtet und zu einer Zusatzstrafe von acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Sprechsaal.

Zur Besprechung von Angelegenheiten, welche von allgemeinem Interesse sind, steht dem Publikum der Sprechsaal zur Verfügung, soweit es der Raum gestattet, doch lehnt es die Redaktion ab, irgend eine Verantwortung dem Publikum gegenüber für die in Sprechsaalartikeln geäußerten Ansichten zu übernehmen. Bedingung für die Aufnahme von Sprechsaalartikeln ist es, daß der Verfasser der Redaktion Namen und genaue Adresse nennt.

Herrn Walter Classen zur Antwort.

Herr Walter Classen, ehemaliger Leiter des Volksheims im Hammerbrook, hat in seinem Leiborgan, dem „General-Anzeiger“, aus Anlaß unserer Abrechnung mit dem Volksheim einen offenen Brief an mich gerichtet. Es hat den Herrn gekränkt, daß in unserer öffentlichen Versammlung folgender Anwurf aus seiner Feder zur Kenntnis gebracht wurde:

„An den Sonntagen tummelten sich mehrfach heimliche Abgesandte des „sozialistischen Jugendklubs“ in der Halle. Eines Tages weigert sich plötzlich einer unserer besten Jungen, die „Wacht am Rhein“ zu singen. Es ginge gegen seine Ehre. Während des letzten Jahres wird zweimal dem Vortragenden sein Buch und einmal sein ganzer Handkoffer während der Lehrlingsvereinsversammlung gestohlen. Mehrfach Taschendiebstähle.“

In bezug auf den ersten Satz begnüge ich mich zu unterstreichen, daß Herrn Classens bester Junge die Wacht am Rhein nicht singen mag, weil es gegen seine Ehre geht. Herr Classon betrachtet die Erziehung zum Mut als eine der wichtigsten Aufgaben des Jugendvereins, wie bewertet Herr Classen denn diesen Mut seines „besten Jungen“. Uebrigens würden Teilnehmer des Jugendbundes sich nicht genieren, ihre Lieder zu singen, selbst wenn Herr Classen mit seinem ganzen Mitarbeiterstab bei uns zu Gaste sein sollte.

Herr Classen konstatiert dann mit Behagen: Nein, unsere Hamburger Arbeiter sind gute Deutsche — da kenne ich sie — selbst wenn Sie, Herr Birckholtz, nicht mehr den Mut haben sollten, die Wacht am Rhein zu singen, weil unwissende Fanatiker (sic!) sich vor dem Liede fürchten.

Ich gönne Herrn Classen ohne eine Spur von Neid oder gar von Furcht gerne das Vergnügen, im Volksheim mit Arbeitern die Wacht am Rhein zu singen.

Nun zu dem versteckten Anwurf, daß einem Vortragenden während der Lehrlingsvereinsversammlung zweimal sein Buch und einmal sein ganzer Handkoffer gestohlen worden ist. Gewiß, Herr Classen muß ja wissen, was in seinem Lehrlingsverein gestohlen wird, und er hat auch recht, daß nicht „Gespenster oder Chinesen“ die Diebe gewesen sein können.

Herr Classen meint, daß er Jugendbündler verdächtigt haben solle, sei eine Erfindung von mir. Man vergegenwärtige sich, in welchem Zusammenhange die betreffende Aeußerung den Lesern der „Mitteilungen des Volksheims“ versetzt wurde, um die Ausrede Classens richtig einzuschätzen.

Wie kommt Herr Classen überhaupt dazu, die Behauptung aufzustellen, daß Abgesandte des Jugendbundes in die Versammlung des Volksheims gegangen seien.

Herr Classen hat sich seinerzeit ausdrücklich von mir bestätigen lassen, daß wir niemand in seine Versammlungen geschickt haben und auch nicht wünschen, daß Jugendbündler dort eindringen, um für den Jugendbund zu agitieren. Richtig ist nur, daß ein junger Mann aus freien Stücken, ohne unser Wissen, in die Versammlung des Lehrlingsvereins gegangen ist. Der junge Mann, der damals eben erst seine Mitgliedschaft im Volksheim aufgegeben hatte, um Teilnehmer des Jugendbundes zu werden, ist auch derselbe gewesen, der Herrn Classen gesagt hat: „Im Kampfe sei die Lüge erlaubt.“ Herr Classen bemerkt mit Bezug auf dies Vorkommnis: „Die Jungen sind verdorben worden, von wem? Das weiß ich nicht. Tatsache ist nur, daß sittlich unreife Menschen in Hamburg einen derartigen unmoralischen Einfluß in der sozialistischen Jugendbewegung ausgeübt haben. Und dagegen erkläre ich hiermit frei und offen gegen Herrn Birckholtz; In meinem Kreise sind niemals Jungen zur Lüge und Heuchelei verführt worden.“

Dies frühere Volksheimmitglied (das ich zu jener Zeit kaum zu Gesicht bekommen habe), das im Jugendbund zur Lüge verführt sein sein soll, ist doch wohl eher als ein erzieherisches Produkt des Volksheims anzusehen. Für solche pädagogischen Kraftmeier halten wir uns wahrlich nicht, daß wir in wenigen Wochen einen Menschen hinsichtlich seines Charakters völlig umwandeln können.

Im Anschluß an die derzeitigen Vorkommnisse schrieb mir Herr Classen auch, daß Teilnehmer des Jugendbundes Broschüren an die Mitglieder des Volksheims verteilt haben und verlangte von mir, ich solle den Jungen dies verbieten. Wir haben die Jungen nicht hingeschickt, ihnen aber zu verbieten, außerhalb der Volksheimveranstaltung Broschüren zu verteilen, dazu haben wir keine Veranlassung und auch kein Recht.

Die Aufregung des Herrn Classen ist schon aus dem Grunde deplaciert, weil er der Sozialdemokratie den Vorwurf macht, „daß sie eine pfäffische Aengstlichkeit besitze, welche keinen fremden Geist an ihre eigenen Leute herankommen lassen will“. Ich habe nichts dagegen, daß junge Leute recht viel über das Volksheim erfahren, daß Flugschriften an sie verteilt werden, wir würden mit ihnen darüber diskutieren und sie befähigen, sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir würden nicht, wie Herr Classen, Schutzleute aufbieten, um solche Zettelverteiler von unserer Tür fortbringen zu lassen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung über die Art, wie Herr Classen sich informiert. Er hatte die Gewohnheit, Teilnehmer des Jugendbundes auf der Straße anzuhalten, um mit ihnen ein Geschimpfe über den Jugendbund und seine Leitung anzufangen; daß ihm dabei das Malheur passiert ist, von den jungen Leuten weidlich aufgezogen zu werden, ist wahrlich kein Wunder.

Die ganz unsagbar komische Art, wie der Herr Classen mit der Jugend umzugehen gewohnt ist, habe ich immer nur als heitere Zwischenfälle in dem Streit um das Volksheim angesehen. In diesem Lichte erscheint mir auch der „Offene Brief an Herrn Birckholtz“. Ich lege ihn zu dem übrigen. **J. Birckholtz.**

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Hamburg.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Vortrag des Herrn Dr. Goldschmidt nicht an diesem, sondern am nächsten Freitag, 11. April, stattfindet. J. A.: **Fr. Dengler.**

Angeordnete Aufgebote.

Standesamt Nr. 1.

Jakob Eßwein mit Wilhelmine Gleich. — Hans Göttsch mit Elisabeth Christina Pötzl. — August Johannes Wilhelm Weiske mit Christine Margarete Minna Köhn.

Hamburg, den 1. April 1913.

Standesamt Nr. 2a.

Johann Heinrich Barneföhr mit Karoline Katharina, geb. Fock, gesch. Witt. — Wilhelm Friedrich Detlef Hinrichsen mit Anna Minna Henriette Dessauer.

Standesamt Nr. 3a.

Emil Paul Ernst Malke mit Anna Clara Herzog. — Hinrich Hermann Buhbe mit Ida Friederike Caroline Schwemm. — Johann Christian August Kohl mit Erna Emma Julie Böckel. — Herbert Hans Louis Alfred Dabelstein mit Ellen August Charlotta Enell. — Theodor Hans Fraudoes mit Bertha Johanna Hedwig Schroeder. — Johann Karl Friedrich Emil Rehr mit Hedwig Elise Bartel. — Max Friedrich Julius Kernbach mit Käthe Christine Friederike Bornhorst.

Hamburg, den 31. März 1913.

Standesamt Nr. 8.

Adolf Petrosky mit Martha Timm.

Ochsenwärder, den 31. März 1913.

Standesamt Nr. 20.

Carl Heinrich Heber mit Marie Luise Dorette Behrens. — Johann Hinrich Wilhelm Glopstein mit Charlotte Anna Frida Luise, geb. Brusch, gesch. Nauerz. — Wilhelm Schäfer mit Ida Wilhelmine Luise Mahn. — Johann Maximilian Neubauer mit Berkha Friederike Margaretha Auguste Neve. — Alfred August Erich Gutjahr mit Auguste Ida Bichel.

Hamburg, den 1. April 1913.

Standesamt Nr. 20a.

Rudolf Heinrich Eduard Schnorr mit Friederike Auguste Klara Themar. — Johann Schwiderski mit Frieda Pauline Alma Rohland. — Rudolf Ernst Wilhelm Danckwerts mit Elsa Adele Ernst. — Carl August Rosinsky mit Amalie Emma Günther. — Adolf August Otto Grützmacher mit Catharina Gertrud Moje. — Heinrich Christian Sonnemann mit Elise Frieda Pauline Wedel.

Standesamt Nr. 21.

Leopold Wilhelm Anton Reimers mit Frieda Bertha Martha Licht. — Hugo Friedrich Wilhelm Werner Behrens mit Katharina Marie Hinrichs. — Johann Heinrich Sielmann mit Frieda Margareta Elisabeth Scharfenberg. — Joseph Edmund Alois Ferdinand Gutmann mit Elfriede Emilie Marie Erna Langolis. — Heinrich Wilhelm Otto Kock mit Paula Kirchmann. — Carl Wilhelm Schmidtmann mit Franziska Magdalena Johanna Friederike Freese. — Ferdinand Karl Willi Schoen mit Catharina Sophie Lindhorst.

Standesamt Nr. 21a.

Max Friedrich Witten mit Alma Frieda Christine Tietgen. — Arnold Heinrich Louis Armand Voigt mit Anna Schleizer.

Standesamt Nr. 22.

Kristian Gerhard Nissen mit Maria Cordes. — Bernard Heinrich Möllerfeld mit Emma Hedwig Johanne Gieseke. — Walter Paul Leopold Stephan mit Katharina Helene Faber. — Karl Fritz Blell mit Adolfine Maria Dorothea Tiedemann. — Edmund Karl August Ferdinand Tobeler mit Clara Becker. — August Otto Schmidt mit Frieda Marie Auguste Mangelsdorf.

Standesamt Nr. 23.

Arthur Otto Johannes Köhn mit Clara Juliane Charlotte Hogrefe. — Wilhelm Heinrich Friedrich Vogt mit Klara Frieda Anna Dora Hinzmann. — Heinrich Martin Pannwitt mit Anna Friederike Betty Bülow.

Standesamt Nr. 23a.

Alexander Franz von Palubitzki mit Paula Auguste Dora Richard. — Rudolf Heinrich Paswark mit Erna Hermine Theodora Schulz. — Friedrich Ludwig Christian Klüver mit Frieda Friederika Johanna Bock.

Hamburg, den 31. März 1913.

Oeffentlicher Wetterdienst.

(Dienststelle Hamburg, Deutsche Seewarte).

Witterungsübersicht vom 2. April 1913.

Innerhalb des vom Ozean nach Mitteleuropa reichenden Tiefdruckgebiets, unter dem Einfluß der gestern morgen nach dem Süden der Ostsee und nach Frankreich gerichteten Ausläufer, hatte unser Bezirk bei schwachen Winden aus westlichen Richtungen kühleres, vorwiegend trübes Wetter mit verbreiteten, meist leichten Niederschlägen; die Temperatur stieg auf 10 Grad bis 16 Grad und sank nachts auf 7 Grad bis 2 Grad. Heute morgen ist das Wetter etwas kühler und fortdauernd ziemlich trüb bei schwachen südwestlichen Winden.

Das gestrige Tiefdruckgebiet über Mitteleuropa hat sich unter Abnahme an Tiefe und Umfang nordostwärts verlagert, während ein neuer Tiefdruckausläufer über Großbritannien und die Biscayasee herangezogen ist. Zwischen beiden Gebieten ist ein Hochdruckkeil über Mitteleuropa vorgedrungen, der uns heute vorübergehend gutes Wetter bringen wird.

Unter dem Einfluß des vom Westen vordringenden neuen Tiefdruckgebiets ist bei schwachen bis mäßigen Winden aus südlichen Richtungen im ganzen milderes Wetter mit zunehmender Bewölkung und späterhin wieder Regen zu erwarten.

Aussicht für die Witterung am 3. April 1913.

Wärmer, schwache bis mäßige südliche Winde, zunehmende Bewölkung, erneute Regenfälle.

Meteorologische Beobachtungen.

W. Campbell & Co. Nachfolger.

Hamburg, 2. April, mittags 12 Uhr.

Thermometer (° C.) Normal	Maximum	Minimum	Barometer (mm)	Wind	Atmosphäre
+ 11,9	+ 13,5	+ 9,0	765,1	W	trübe

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg

am 3. April.

Morgens: Flut 11,4 Ebbe 3,7 | Abends: Flut 11,20 Ebbe 3,51

Marktbericht.

Hamburg, den 2. April 1913.

Schweinemarkt.

Auftrieb: 1126 Stück. Markt ruhig geräumt.

	Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht	Lebendgewicht nach Abzug nebenstehend. Tara
Beste, schwere, reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 pZt.	57	71
mittelschwere Ware, von 240 bis 260 Pfd., Tara 20 pZt.	57	71
Mittelware, von 200 bis 240 Pfd., Tara 22 pZt.	55½—56	71 —72
gute, leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 pZt.	55½	71
geringere Ware, Tara 24 pZt. . . .	51 —53	67 —70
beste Sauen, Tara 20 pZt.	53 —53½	66 —67
geringere Sauen, Tara 22 pZt. . .	49 —50½	63 —65

Arbeitersekretariat Hamburg-Altona.

Hamburg, Besenbinderhof 57, 2. Etg., Gewerkschaftshaus.

Sprechstunden: Wochentags von 10 bis 1 und 5 bis 7 Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.

Bibliothek der Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen, Besenbinderhof 68, geöffnet Wochentags von 11 bis 1 und 4 bis 7½ Uhr. Sonn- und Festtags geschlossen.

Das beste, sparsamste Küchenhilfsmittel,

das alle Suppen und jede schwache Bouillon kräftigt, Saucen, Gemüsen und Salaten unvergleichlich feinen Wohlgeschmack gibt,

ist und bleibt MAGGI's Würze!